

Aktuelles aus dem Parlament

Nr. 3/2008

10. April 2008

Im Mittelpunkt dieser Plenarwoche im Nationalrat stand die Ratifizierung des EU-Vertrags von Lissabon, eine sehr grundlegende Entscheidung für die Zukunft unseres Landes. Hier ein Überblick über diesen und andere wichtige Beschlüsse der letzten Tage.

EU-Vertrag bringt mehr Demokratie und Effizienz

Ich habe der Ratifizierung des neuen EU-Vertrags mit großer Überzeugung zugestimmt. Der Vertrag ist ein wichtiger Schritt hin zu einer demokratischeren und funktionsfähigeren EU. Und das ist eine wichtige Voraussetzung, damit Österreich und das Burgenland die Chancen aus der Mitgliedschaft auch weiterhin nutzen können.

Die wichtigsten Fortschritte aus meiner Sicht: Das EU-Parlament bekommt mehr Mitsprache, die EU-Kommission wird verkleinert, die Entscheidungsprozesse der Union werden einfacher. In wichtigen Fragen haben die Mitgliedstaaten weiterhin ein Vetorecht. Was die EU-Gegner gerne verschweigen: Im neuen Vertrag ist sogar erstmals eine Austrittsmöglichkeit aus der Union vorgesehen.

Natürlich ist es aber wichtig, weiterhin die Chance Europa aktiv zu nutzen. Ressentiments zu schüren und neue Barrieren aufzubauen, wie es im Burgenland leider häufig passiert, ist das Verkehrteste. Gerade für unser Bundesland hat die EU-Mitgliedschaft mehr Vorteile gebracht als für jedes andere.

Umfangreiche Hintergrundinformationen zum Vertrag von Lissabon gibt es im Internet beispielsweise auf www.zukunfteuropa.at oder auf www.bmaa.gv.at. Den Vertragstext im Wortlaut kann man auf www.oevp.at/europa nachlesen.

Abgeltung der Schäden durch "Paula" und "Emma"

Die Schäden, die die Orkane "Paula" und "Emma" verursacht haben, haben uns zur Aufstockung des Katastrophenfonds um 3 Millionen Euro veranlasst. Denn der Anfall von 8,5 Millionen Festmetern Schadholz übersteigt die Verarbeitungskapazität der Holzindustrie. Um die Borkenkäfergefahr einzudämmen, werden nun Nasslager errichtet und diese Investitionen aus Fondsmitteln gefördert. Außerdem hat der Nationalrat die Bundesregierung ermächtigt, die Mittel des Katastrophenfonds zur Bewältigung der Folgen von Naturkatastrophen notfalls zu verdoppeln.

Kleine und mittlere Unternehmen sind Rückgrat unserer Wirtschaft

Kleine und mittlere Unternehmen (KMU) sind eine unverzichtbare Stütze unserer Wirtschaft. Das zeigt der aktuelle KMU-Bericht, der vom Nationalrat verabschiedet wurde. Sowohl die Zahl der KMU als auch die Zahl der dort beschäftigten Mitarbeiter steigt beständig an. 80 % der Unternehmen stehen betriebswirtschaftlich gesehen sehr gut, gut oder zufriedenstellend da. Als Hauptproblem der österreichischen KMU nennt der Bericht des Wirtschaftsministeriums den häufigen Mangel an Eigenkapital.

Behinderte Menschen im Arbeitsalltag stärken

Die Integration von Behinderten im Arbeitsleben soll durch gesetzliche Anpassungen weiter verbessert werden. Für Belästigung am Arbeitsplatz und für die diskriminierende Nichtbegründung eines Arbeitsverhältnisses wird der Mindestschadenersatz erhöht. Bei diskriminierender Beendigung eines Arbeitsverhältnisses gibt es ein Wahlrecht zwischen Anfechtung und Schadenersatz. Außerdem wird die Verjährungsfrist für die Geltendmachung von Schadenersatzansprüchen aus einer Belästigung von sechs Monaten auf ein Jahr verlängert.

Effizientere Kontrollmöglichkeiten in großen Unternehmen

Immer wieder auftauchende Unregelmäßigkeiten in den Geschäftsführungen von Aktiengesellschaften zeigen, dass effizientere Kontrollmöglichkeiten notwendig sind. Eine Gesetzesnovelle, die für Unternehmen und Genossenschaften gilt, strafft die Bedingungen, unter denen Abschlussprüfer tätig sind und tätig sein dürfen, und es stärkt die Rolle des Aufsichtsrats.

Mehr Sicherheit bei Kinderspielzeug

Ein europaweites Gütesiegel für Kinderspielzeug soll dazu beitragen, die Produktsicherheit und Qualität von Spielzeug zu erhöhen. Wir haben die Bundesregierung in einer EntschlieÙung ersucht, sich auf EU-Ebene für ein solches Gütesiegel einzusetzen. Zuletzt haben gefährliche Mängel bei aus Asien importiertem Spielzeug immer wieder für Aufregung gesorgt.

Kinderrechte europaweit durchsetzbar machen

Der Gedanke der Förderung von Kinderrechten steht im Mittelpunkt eines Übereinkommens des Europarates, dem der Nationalrat zugestimmt hat. Ziel ist es, dass Kinder in allen europäischen Staaten die im UN-Übereinkommen verbrieften Rechte, vor allem jene in familienrechtlichen Angelegenheiten, auch ausüben können.

Freiwillige Feilbietung von Liegenschaften wird attraktiver

Die freiwillige Feilbietung von Liegenschaften und Baurechten in einem gerichtlichen außerstreitigen Verfahren hat in der Praxis kaum Bedeutung. Durch eine Gesetzesnovelle soll diese Art der Feilbietung attraktiver gemacht werden, indem sie in Zukunft außerhalb des gerichtlichen Außerstreitverfahrens abgewickelt werden kann. Die Aufgabe der Feilbietung übernimmt der Notar, aber nicht mehr in seiner Eigenschaft als Gerichtskommissar. Dabei kann er Rechtsanwälte oder Versteigerungshäuser beiziehen.

Parlamentsführungen

Für die Vorbereitung von **Gruppenführungen** durch das Parlament steht Euch bzw. Ihnen mein **Mitarbeiter Martin Wurglits** als Ansprechperson zur Verfügung (01/40110-4682, 0664/4546818, martin.wurglits@parlament.gv.at). Führungen sind an jedem Werktag möglich.

Presseaussendungen

Alle Stellungnahmen meinerseits gegenüber der Presse finden sich aktuell auf der Internet-Seite der ÖVP-Bezirksorganisation Güssing (www.oevp-burgenland.at/bb_guessing).

Mit den besten Wünschen für Eure bzw. Ihre politische Arbeit und mit herzlichen Grüßen

Franz Glaser

Abgeordneter zum Nationalrat